



Information

Potsdam, 17.09.2014

**Bericht des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
in der Stadtverordnetenversammlung am 17. September 2014**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende Themen möchte ich Ihnen heute vorstellen:

Themen:

- Garnisonkirche
- Abschluss des ersten Bürgerbeteiligungsverfahrens beim Workshop Lustgarten
- Aufnahme von Flüchtlingen

Garnisonkirche

Entsprechend des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung in der Sondersitzung am 30. Juli habe ich im Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche am vergangenen Montag den Antrag auf Auflösung der Stiftung gestellt. Der Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Damit habe ich alle mir rechtlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, um auf eine Auflösung der Stiftung hinzuwirken. Die rechtlichen Implikationen hatte ich Ihnen ja im Hauptausschuss erläutert. Die sollen hier nicht wiederholt werden.

Im Zuge der Diskussion um das Bürgerbegehren war darüber hinaus auch von Ihrer Seite der Wunsch geäußert worden, dass die öffentliche Diskussion über das Projekt Garnisonkirche und zwischen der Stiftung und der Stadtgesellschaft intensiviert wird.

Das Kuratorium hat sich daher auch auf meinen Wunsch hin am Montag mit der Frage eines Bürgerdialogs auseinander gesetzt. Der Vorstand wurde damit beauftragt, das Kommunikationskonzept der Stiftung zu überarbeiten und Maßnahmen für den öffentlichen Diskurs für einen Bürgerdialog zu entwickeln. In der nächsten regulären Sitzung des Kuratoriums soll das Konzept vorgestellt werden.

Parallel finden im zweiten Halbjahr 2014 verschiedene Veranstaltungen statt, die die Garnisonkirche und ihre spätere Nutzung zum Thema haben werden. Zu nennen ist hier eine Veranstaltung des Stadtforums am 13. November, die Tagung „Stadtimage und Vergangenheitslast“ der Landeshauptstadt in Kooperation mit dem Zentrum für zeithistorische Forschung am 6. November oder eine Tagung der Evangelischen Akademie zum Thema „Lernen aus der Geschichte“ am 5. Dezember. Außerdem wird durch „Mitteschön“ eine Veranstaltung am 26. September stattfinden, die sich mit der Geschichte der Kirche beschäftigen wird.

Ich bin davon überzeugt, dass die öffentliche Diskussion über den Neubau des Garnisonkirchenturms und seine Nutzung nun erneut beginnt. Ich freue mich darauf.

Abschluss des ersten Bürgerbeteiligungsverfahrens beim Workshop Lustgarten

Am 14. September haben wir die 1. Phase des Beteiligungsverfahrens für die Planungswerkstatt zum Lustgarten abgeschlossen. Wir haben die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft dieses zentralen Bereiches der Stadt gesammelt. In der Roten Info-Box oder im Internet konnten die Meinungen abgegeben werden.

Es geht um die stadträumliche Einbindung, die Struktur, Bebauungsmöglichkeiten, die Nutzung und die Gestaltung des neuen Lustgartens, der durch den Bau des neuen Landtages und die Bebauung an der Alten Fahrt eine ganz neue Bedeutung für Potsdam erhält. Wie Sie wissen ist das Ziel der Planungswerkstatt, Anregungen für die Konkretisierung der Sanierungsziele zu erhalten.

Wie zu erwarten war, spielt das Hotelhochhaus eine zentrale Rolle – auch für die Bürgerinnen und Bürger. Es wurde bei den so genannten „Wohlfühlkarten“, auf denen die Bürger ihre positive oder negative Meinung zu bestimmten Teilen des Lustgartens äußern konnten, am meisten mit roten oder grünen Punkten versehen.

Insgesamt sind über 1.000 Besucher in die Info-Box gekommen und haben dort 148 Meinungsbögen ausgefüllt. Im Internet haben sich pro Tag rund 120 Besucher über die Planungswerkstatt informiert – insgesamt also fast 3.400.

Am 29. September findet das nächste Werkstattgespräch statt, für die die Ergebnisse der Beteiligung ausgewertet werden. Dort wird die Planungsaufgabe für den Festplatz, den Hafen, den Garten, das Hotel und die Hopfengalerie unter Beachtung der Ergebnisse der Beteiligung konkretisiert.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die bis jetzt am Beteiligungsverfahren teilgenommen haben und hoffe, dass das Interesse in den nächsten Phasen nicht abnimmt. Die bisherige Beteiligung stimmt mich optimistisch.

Aufnahme von Flüchtlingen

Wie Sie wissen nehmen aufgrund der weltpolitischen Lage derzeit die Ankunftsahlen von Flüchtlingen in Deutschland stetig zu. Diese Entwicklung können wir in den letzten Jahren deutlich beobachten. War man am Anfang des Jahres 2013 noch von 119 aufzunehmenden Personen ausgegangen, so waren es Ende 2013 bereits 195. Zum Vergleich: In den Jahren 2004 bis 2012 musste jeweils weit unter 100 Flüchtlingen in Potsdam eine Unterkunft organisiert werden. Für das Jahr 2014 sind nun 336 Flüchtlinge unterzubringen.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat diese Aufgabe in den letzten Jahren nicht nur als Verpflichtung, sondern als gesellschaftlichen Auftrag und Querschnittsaufgabe in der Kommune wahrgenommen und umgesetzt. Bereits im Integrationskonzept aus dem Jahr 2008 wurde die Thematik Wohnen und Unterbringung als ein wesentliches Handlungsfeld identifiziert und qualitativ untersetzt.

Potsdam hat dabei stets eine Vorreiterrolle in einem von Humanität geprägten Umgang mit Flüchtlingen eingenommen.

Ich denke dabei z.B an:

- die Abschaffung der Sachleistungen
- die Lockerung und Abschaffung der Residenzpflicht
- das Ziel, Flüchtlinge zentrumsnah und wohnungsähnlich unterzubringen

- an die Umsetzung von Wohnverbänden oder
- an die Finanzierung von Deutschkursen für alle Flüchtlinge unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Die Quote der aufzunehmenden Flüchtlinge wird durch das Land festgesetzt. Die Landeshauptstadt ist zur Aufnahme von 5,9 % gemessen an der Landesaufnahmezahl verpflichtet.

Um den in ihren Ländern verfolgten und teilweise traumatisierten Menschen eine angemessene Unterkunft bieten zu können, hat sich die Landeshauptstadt dabei zur Einhaltung von Standards und zur schnellst möglichen Vorbereitung der betroffenen Flüchtlinge zur Vermittlung in eigenen Wohnraum verpflichtet.

Von den 336 in diesem Jahr aufzunehmenden Personen konnten bisher 161 untergebracht werden. 175 Menschen müssen noch bis Ende des Jahres aufgenommen werden und warten in der Zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt auf eine schnellst mögliche Verteilung.

Mit der Gemeinschaftsunterkunft An der Alten Zauche sowie den Wohnverbänden in der Hegelallee, der Haeckelstraße und dem Staudenhof verfügt die Landeshauptstadt aktuell über eine Aufnahmekapazität von 303 Plätzen.

Trotz großer Bemühungen und der Vermittlung von 87 Flüchtlingen in eigenen Wohnraum im Jahr 2014 gibt es zurzeit nur eine freie Platzkapazität von 10 Plätzen.

Ich habe die Stadtverordnetenversammlung ständig über die Bemühungen der Verwaltung zur Akquise neuer Unterkunftsmöglichkeiten informiert. Sie waren durch Vertreter aus dem Sozial- und Jugendhilfeausschuss in einer Auswahljury vertreten und konnten somit auch direkt Einfluss auf die Auswahl nehmen.

Die bereits benannten Standards waren dabei wesentliche Auswahlkriterien. Die aktuell angestrebten Unterbringungsmöglichkeiten wie z.B. der Wohnverbund in der Grotrianstraße sind Ihnen bekannt, aber nicht vor 2015 nutzbar.

Im August gab es Gespräche zwischen dem Landessozialministerium und der Landeshauptstadt, in dessen Verlauf bereits der Hinweis des Landes gegeben wurde, dass die Zahl der aufzunehmenden Menschen im Herbst noch einmal steigt. Mit Rundschreiben des

Ministeriums vom 28.08.2014 wurde den Kommunen im Land Brandenburg erneut eine Ersatzvornahme angedroht, wenn die erforderlichen Aufnahmeverpflichtungen nicht eingehalten werden.

In der Praxis würde dies bedeuten, dass der Landeshauptstadt eine Transferliste zugestellt werden würde und innerhalb einer Woche die Unterbringung von Flüchtlingen entsprechend des Aufnahmesolls abzusichern wäre.

Meine Damen und Herren,
wir sind an der Kapazitätsgrenze der uns zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten angelangt. Wir werden daher nicht umhin kommen, weitere Gemeinschaftsunterkünfte schaffen zu müssen, um die Aufnahmekapazitäten kurzfristig erhöhen zu können.

Wir halten dabei an dem Ziel fest, den Aufenthalt der Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften möglichst zeitlich zu begrenzen. Es ist aber aus rechtlichen Gründen und schlicht aus Kapazitätsgründen nicht möglich, die Menschen sofort in Wohnverbände oder gleich in Wohnungen unterzubringen. Ich möchte keine Situation erleben, bei der uns das Land dazu verpflichtet, Turnhallen oder Zeltstädte für die Unterbringung durch Ersatzvornahme aufzuzwingen. Das würde weder den betroffenen Menschen noch den Potsdamerinnen und Potsdamern dienen.

Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe ist derzeit erneut auf der Suche nach geeigneten Standorten für eine Gemeinschaftsunterkunft. Ich sage hier ganz bewusst, dass sich die Standortsuche auf das gesamte Stadtgebiet erstreckt. Wir sind es den Flüchtlingen in der zentralen Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt schuldig, sie schnellstmöglich aus den überfüllten und damit unzumutbaren Bedingungen dort herauszuholen.

Die Suche nach einer neuen Gemeinschaftsunterkunft ist auch deswegen dringend, da das Projekt am Horstweg leider rechtlich umstritten ist. Zurzeit ist fraglich, ob diese Baumaßnahme umgesetzt werden kann. Für die dort geplanten rund 100 Plätze müssen wir daher zusätzlich Ersatz schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“